Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2023

Nr. 333

ausgegeben am 25. August 2023

Kundmachung vom 16. August 2023 des Beschlusses Nr. 69/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses

Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses: 29. Mai 2009
Inkrafttreten für das Fürstentum Liechtenstein: 1. November 2009

Aufgrund von Art. 3 Bst. k des Kundmachungsgesetzes vom 17. April 1985, LGBL 1985 Nr. 41, in der Fassung des Gesetzes vom 22. März 1995, LGBL 1995 Nr. 101, macht die Regierung im Anhang den Beschluss Nr. 69/2009 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses kund.

Fürstliche Regierung:
gez. Dr. Daniel Risch
Fürstlicher Regierungschef

Anhang

Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses
Nr. 69/2009
vom 29. Mai 2009
zur Änderung von Anhang XIII (Verkehr) des
EWR-Abkommens

Der Gemeinsame EWR-Ausschuss -
gestützt auf das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, geän-
dert durch das Anpassungsprotokoll zum Abkommen über den Europäi-
schen Wirtschaftsraum, nachstehend "Abkommen" genannt, insbesondere
auf Art. 98,

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. Anhang XIII des Abkommens wurde durch den Beschluss des Gemein-
samen EWR-Ausschusses Nr. 50/2009 vom 24. April 2009¹ geändert.
2. Die Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und
des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die
Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EG)
Nr. 2320/2002² ist in das Abkommen aufzunehmen.
3. Die besondere geografische Lage und die geringe Bevölkerungsdichte
Islands sowie die Zusammensetzung der Luftverkehrsflotte für die
Inlandsflüge in Island machen es erforderlich, dass die Verordnung (EG)
Nr. 300/2008 nicht für Inlandsflüge auf isländischem Grundgebiet gilt.
Die geltenden nationalen Sicherheitsvorkehrungen für Inlandsflüge in
Island bieten ausreichenden Schutz.
4. In Hinblick auf die besondere Situation Liechtensteins aufgrund des
kombinierten Effekts eines sehr kleinen Hoheitsgebiets, einer beson-
deren geografischen Struktur und des geringen Luftverkehrsaufkom-
mens in Liechtenstein sowie aufgrund der Tatsache, dass es keine inter-
nationalen Linienflüge nach oder aus Liechtenstein gibt und dass die

Infrastruktur für die Zivilluftfahrt in Liechtenstein aus einem einzigen Hubschrauberlandeplatz besteht, gilt diese Verordnung nicht für die bestehende Infrastruktur der Zivilluftfahrt im Hoheitsgebiet Liechtensteins.

5. Mit der Verordnung (EG) Nr. 300/2008 wird die Verordnung (EG) Nr. 2320/2002³ aufgehoben, die in das Abkommen aufgenommen wurde und daher aus diesem zu streichen ist -

beschliesst:

Art. 1

Anhang XIII des Abkommens wird wie folgt geändert:

1. Der Text von Nummer 66h (Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates) wird durch Folgendes ersetzt:

"32008 R 0300: Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 ([ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 72](#)).

Die Verordnung gilt für die Zwecke dieses Abkommens mit folgenden Anpassungen:

- a) Art. 7 gilt nicht für die EFTA-Staaten.
 - b) Führt die Gemeinschaft mit einem Drittland Verhandlungen auf der Grundlage von Art. 20, um ein Abkommen zur Förderung des Ziels einer einmaligen Sicherheitskontrolle ("one-stop security") zu schliessen, so ist sie bestrebt, für die EFTA-Staaten ein ähnliches Abkommen mit dem betreffenden Drittland zu erlangen. Die EFTA-Staaten werden ihrerseits versuchen, mit Drittländern Abkommen zu schliessen, die den von der Gemeinschaft mit diesen Ländern geschlossenen Abkommen entsprechen.
 - c) Die in dieser Verordnung festgelegten Massnahmen gelten nicht für inländische Luftverkehrsdienste an Flughäfen im Hoheitsgebiet Islands.
 - d) Die in dieser Verordnung festgelegten Massnahmen gelten nicht für die derzeitige Zivilluftfahrt-Infrastruktur im Hoheitsgebiet Liechtensteins."
2. Der Text von Anlage 8 wird gestrichen.

Art. 2

Der Wortlaut der Verordnung (EG) Nr. 300/2008 in isländischer und norwegischer Sprache, der in der EWR-Beilage des Amtsblattes der Europäischen Union veröffentlicht wird, ist verbindlich.

Art. 3

Dieser Beschluss tritt am 30. Mai 2009 in Kraft, sofern dem Gemeinsamen EWR-Ausschuss alle Mitteilungen nach Art. 103 Abs. 1 des Abkommens vorliegen⁴.

Art. 4

Dieser Beschluss wird im EWR-Abschnitt und in der EWR-Beilage des Amtsblattes der Europäischen Union veröffentlicht.

Geschehen zu Brüssel am 29. Mai 2009.

(Es folgen die Unterschriften)

[1 ABl. L 162 vom 25.6.2009, S. 31.](#)

[2 ABl. L 97 vom 9.4.2008, S. 72.](#)

[3 ABl. L 355 vom 30.12.2002, S. 1.](#)

[4 Das Bestehen verfassungsrechtlicher Anforderungen wurde mitgeteilt.](#)